

Newsletter aus Berlin

Newsletter Dezember 2017

Norbert Brackmann informiert

Liebe Freunde,

in meinem November-Newsletter hatte ich vom Scheitern der Sondierungsgespräche für eine JAMAICA-Koalition berichtet und mich vorsichtig optimistisch zur – notwendigen – Aufgabe der Verweigerungshaltung der Sozialdemokraten gezeigt. Dass die SPD ihre Position überdacht hat und nun Sondierungsgespräche mit der Union aufnehmen will, sehe ich als wichtigen ersten Schritt. Nun, wohin führen uns diese Schritte? GroKo, KoKo, Minderheitsregierung, Neuaufgabe JAMAICA oder am Ende gar doch Neuwahlen?

Für die Union steht allen voran die Überzeugung, dass unser Land eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit benötigt; wir sollten uns davor hüten, die Regierungsverantwortung als Experiment zu verstehen und uns an „Plan-Spielen“, wie „KoKo“, „Minderheits-Regierung“ zu versuchen. Die Kooperations-Koalition (KoKo) verkörpert den Wunsch der SPD-Linken, die keinen Hehl daraus machen, dass sie die GroKo ablehnen. Ein bisschen Regieren und das ein oder andere Ministeramt bekommen - ein wenig erinnert diese Methode daran, sich die schönsten Rosinen rauszupicken, ohne die volle Regierungsverantwortung zu tragen, die eine GroKo mit sich bringt. Das ist keine Option für die Union. Regierungsverantwortung heißt „ganz oder gar nicht“ – wir sind dazu bereit. Die SPD wird dies noch beweisen müssen.

Auch eine Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche der Verhandlungspartner der JAMAICA-Koalition halte ich derzeit für eine rein theoretische Möglichkeit, auch wenn FDP-Vize Wolfgang Kubicki in den letzten Wochen immer mal wieder an passender oder unpassender Stelle Andeutungen hierzu gemacht hat. Er ist und bleibt eine „Spieler-Natur“, daran hat auch die Berliner Luft noch nichts geändert; eine Ernsthaftigkeit kann ich hinter seinen Andeutungen nicht erkennen.

Mit Blick auf die verschiedenen Regierungsmodelle wird die CDU die Sondierungs- und die sich etwaig anschließenden

Koalitionsgespräche mit einer eindeutigen Marschroute angehen - und die heißt: Große Koalition „GroKo“.

Zweifellos sehe ich diese Konstellation nicht als „Liebes-Heirat“, eher als „Vernunft-Ehe“, in der für uns Christdemokraten das Ziel steht:

Deutschland braucht klare politische Verhältnisse mit einer **stabilen** politischen Mehrheit!

„Fakten & Hintergründe I“:

Große Koalition „GroKo“: Sie ist eine Koalition der (beiden) mandatsstärksten Parteien in einem Parlament. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kam es bislang dreimal zu einer GroKo (1966-69, 2005-09, 2013 – 17).

Kooperations-Koalition „KoKo“: So wird eine „Idee“ der SPD-Linken bezeichnet. Der Koalitionsvertrag würde nur bestimmte Kernprojekte, über die Einigkeit zwischen den Partnern besteht, festschreiben. Themen, über die keine Einigkeit erzielt werden konnte, können dann im Bundestag frei ausverhandelt werden. Beide Koalitionspartner suchen sich so im Parlament Verbündete und können so mit wechselnden Mehrheiten ihre Themen umsetzen.

Minderheitsregierung: So wird eine Regierung bezeichnet, die über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügt. Diese Regierungsform ist in Dänemark, Schweden und Norwegen seit Jahrzehnten das häufigste Regierungsmodell.

Ganz anders in Deutschland: In der Geschichte der Bundesrepublik gab es lediglich dreimal Minderheitsregierungen (1966, 1972 und 1982). Sie hielten nur wenige Wochen, bzw. Monate; ein fragiles Modell.

„Fakten & Hintergründe II“:

Neuaufgabe JAMAICA: Die Wiederaufnahme der abgebrochenen Sondierungsgespräche zwischen den Verhandlungspartnern CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP –im Falle des Scheiterns der GroKo-Gespräche zumindest eine theoretische Option. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier müsste dann die JAMAICA-Verhandlungspartner noch einmal in die Pflicht nehmen.

Neuwahlen: Scheitern sämtliche Koalitionsbemühungen, muss die Kanzlerwahl den Weg zu Neuwahlen ebnen. Hierfür wären in den ersten beiden Wahlgängen jeweils absolute Mehrheiten erforderlich, die ein Vorgeschlagener auf sich verzeichnen muss. Im dritten Wahlgang reicht lediglich die relative Mehrheit. Der Bundespräsident könnte dann innerhalb von sieben Tagen den Bundestag auflösen oder den Minderheitskanzler/-in ernennen. Im Falle der Auflösung müssten innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen stattfinden.

Für die GroKo ist bereits jetzt klar: wenn eine Koalition gelingen soll, dann bedarf es der Kompromissfähigkeit beider Partner. Die dürfte aber noch auf eine harte Probe gestellt werden. Die Voraussetzungen für eine Neuaufgabe von „Schwarz-Rot“ von 2013 stehen unter deutlich ungünstigeren Vorzeichen.

Die Sozialdemokraten üben sich in krampfhafter Profilierungssucht und messen der Einführung einer sog. Bürgerversicherung geradezu existentielle Bedeutung bei! Dagegen steht – wie bereits in unserem Regierungsprogramm 2017-2021 „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ formuliert - unser klares Bekenntnis: „Nein“ zur Einheitsversicherung und der damit verbundenen Zerschlagung des bestehenden Nebeneinanders von Gesetzlichen Krankenversicherungen und Privaten Krankenversicherungen. Auch wenn in dem bewährten System noch „Luft nach oben“ ist, kann die Einheitsversicherung keine Alternative zu Reformen sein; sie löst keine Probleme - im Gegenteil: Sie etabliert sogar eine Zwei-Klassen-Medizin. Wie wir am Beispiel England sehen, bleiben die Menschen in einer Einheitsversicherung auf eines Basisversorgung hängen und die, die es sich leisten können, investieren in eine private Zusatzversicherung. Das ist mit der CDU nicht zu machen!

Ein weiterer wichtiger Eckpunkt wird das Thema Zuwanderung sein. Zentraler Verhandlungspunkt bleibt für uns die Umsetzung des Regelwerks zur Migration von CDU und CSU vom 08.Oktober 2017. Dazu gehören u.a. die fortdauernde Aussetzung des Familiennachzuges für subsidiär Geschützte sowie die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer. In dieser Woche beginnen nun die ersten Sondierungsgespräche zwischen den Partnern. Nun, leicht wird es nicht, aber wie heißt es so schön:

Aus den Trümmern des Scheiterns kann das Pflänzchen des Erfolges wachsen – man muss es nur ordentlich mit Optimismus düngen.

Helmut Glaßl (*1950), Thüringer Aphoristiker

Praktikantin Alexandra von Bülow



Bildquelle: Büro NB Berlin

Von Mitte November bis Dezember absolvierte Alexandra von Bülow ein einmonatiges Praktikum in meinem Berliner

Büro. Nach Abschluss ihres politikwissenschaftlichen Studiums nutzte Frau von Bülow diese praktische Erfahrung, um ihr im Studium erlerntes, theoretisches Wissen in der Praxis anzuwenden und den täglichen Parlamentsbetrieb kennenzulernen. Mehrfach besuchte sie Plenardebatten und erlebte schon jetzt spürbare, mit dem Einzug der AFD verbundene, veränderte Debattenkultur im Deutschen Bundestag. Auch die Wochen um das Scheitern der Sondierungsgespräche der JAMAICA-Koalition erlebte sie hautnah mit.

Ich danke ihr sehr herzlich für ihre Mitarbeit in unserem Team und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute!

Neues aus dem Parlament



Bildquelle: Büro NB Berlin

Der Hauptausschuss, dem ich als ordentliches Mitglied angehöre, hat seine Arbeit aufgenommen. So beschäftigte er sich mit der Verlängerung von gleich sieben Bundeswehrmandaten, die zum Jahresende auslaufen und einer Verlängerung bedurften. Auf Beschlussempfehlung des Hauptausschusses hat der Bundestag in der zurückliegenden Woche die Verlängerungen beschlossen. In der dritten Sitzung des Hauptausschusses war ich in gleich sechs von 13 Tagesordnungspunkten als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion, u.a. zu den Punkten Haushaltsführung 2017- Einwilligung in überplanmäßige Ausgaben - gefordert. Gleichwohl ist meine Tätigkeit in diesem Ausschuss endlich. Der Bundestag wird in seiner ersten Sitzungswoche im neuen Jahr die ständigen Ausschüsse einsetzen. Damit endet automatisch die Arbeit des Hauptausschusses.

Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wollen wir den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern. Ein erster Schritt ist in der letzten Sitzungswoche getan worden; ein besseres Opferentschädigungsgesetz hat für die Union hohe Priorität.

Sowohl im Ausschuss als auch später im Plenum zeigte sich, dass der Umstand, dass nunmehr sechs Fraktionen, Redezeit für sich beanspruchen können, Auswirkungen auf die Länge der Sitzungen haben werden.

Team Brackmann-Berlin wünscht frohe Weihnachten!

Das Super-Wahljahr 2017 neigt sich dem Ende. Schleswig-Holstein hat zwei Wahlen erlebt und wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir in Schleswig-Holstein wieder eine unionsgeführte Regierung erleben dürfen? Im Bund stehen uns noch herausfordernde Wochen bis zur neuen Regierungsbildung bevor.



Bildquelle: Büro NB Berlin

Gute Neuigkeiten gibt es aus meinem Berliner Büro zu berichten: Seit Beginn der 19. Legislaturperiode verstärkt Frau Anja Reimann mein Team als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Sie ist Volljuristin und kommt aus Mölln (Herzogtum Lauenburg). Herzlich willkommen!

Ich möchte den letzten Newsletter des Jahres nutzen, Ihnen herzlich für Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit und Ihre Anregungen zu danken!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest!

Für das neue Jahr 2018 wünsche ich Ihnen Gesundheit und alles Gute!



Norbert Brackmann